

Statement des Bundesinstituts für Öffentliche Gesundheit zur Förderung der Chancengleichheit auf Bundesebene

Seit dem 13. Februar 2025 trägt die bisherige Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) den neuen Namen „Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit“ (BIÖG). Die Umbenennung ist ein Schritt in einem umfassenden Reformprozess, mit dem Gesundheitsförderung und Prävention auf Bundesebene nachhaltig gestärkt werden sollen.

Aufbauend auf langjährigen Erfahrungen der BZgA, verbunden mit einer intensiveren Zusammenarbeit mit dem Robert Koch-Institut, steht das neue Bundesinstitut für eine zukunftsorientierte Ausrichtung in diesem Bereich. Die durch eine Kooperationsvereinbarung gefestigte Zusammenarbeit ermöglicht es, Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention auf einer gemeinsamen wissenschaftlichen Grundlage weiterzuentwickeln und gezielt in die Praxis zu bringen. Das Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit wird sich dabei als bundesweiter Impulsgeber für Public Health etablieren – ein Knotenpunkt für Forschung, Vernetzung und Kommunikation.

Durch die Verbindung der Datenexpertise des RKI mit der Kommunikationskompetenz des Bundesinstituts für Öffentliche Gesundheit wird der Leitsatz „Von Daten zu Taten“ zum Grundsatz. Gleichzeitig werden neue Strukturen geschaffen, insbesondere zur Stärkung und Vernetzung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD). Ziel ist es, den ÖGD als zentrale Säule eines leistungsfähigen und gerechten Gesundheitssystems zu unterstützen.

Gesundheitliche Chancengleichheit als Fundament des Bundesinstituts

Für das Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit sind Public Health und gesundheitliche Chancengleichheit untrennbar miteinander verbunden. Eine Kernaufgabe des Instituts wird es sein, sozialkompensatorisch zu wirken und einen Beitrag zu leisten, allen Menschen – unabhängig von ihrer sozialen Lage – die bestmöglichen Chancen auf ein gesundes Leben zu ermöglichen.

Das Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit wird hierfür ganzheitliche, sektorübergreifende Ansätze verfolgen, die über den Gesundheitsbereich hinausgehen, im Sinne einer systematischen Umsetzung von Gesundheit in allen Politikbereichen (Health in All Policies). Zudem sollen Ansätze, deren Wirksamkeit erwiesen ist, weiter unterstützt werden - wie z.B. integrierte kommunale Strategien. Hier kann das Bundesinstitut auch auf die 18-jährige Erfahrung und Expertise der BZgA als Trägerin des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen (NZFH) zurückgreifen. Das NZFH unterstützt die flächendeckend etablierten, sektorenübergreifenden Netzwerke, in die sich insbesondere Akteure aus dem Gesundheitsbereich und der Kinder- und Jugendhilfe einbringen. Durch präventive Angebote der Frühen Hilfen sollen vor allem (werdende) Eltern mit kleinen Kindern in psychosozialen Belastungslagen unterstützt werden.

Mit diesem Ziel vor Augen wird das Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit seine Arbeit konsequent aufnehmen – für eine stärkere Gesundheitsförderung, wirksame Prävention und mehr gesundheitliche Chancengleichheit in Deutschland.